

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Datum: 6. Dezember 2016

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 21:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Seidl, Norbert

Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses

Eger, Christine

Hofschuster, Thomas

bis 19:05 Uhr

Kamleiter, Karin

Vertretung für StR Erich Pürkner

Keil, Max

Koch, Reinhold Dr.

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun Dr.

Ponn, Barbara

Sengl, Manfred Dr.

ab 18:00 Uhr

Stricker, Hans-Georg

von Hagen, Michaela

bis 19:00 Uhr

Wiesner, Marga

Schriftführer/in

Reichel, Andrea

Verwaltung

Dietel, Katharina

Dufner, Monika

Lehner, Martin

zu TOP 4

Schmeiser, Beatrix

Weinbuch, Sonja

zu TOP 6

Abwesende und entschuldigte Personen:

Pürkner, Erich

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Verkehrsuntersuchung für Puchheim hier: Radverkehrskonzept	2016/0368
TOP 3	Antrag der Stadtratsfraktion der Freien Wähler auf Einführung eines Programms zur Förderung der Elektromobilität mit dem Fahrrad	2016/0370
TOP 4	Änderungen bei den MVV-Regionalbuslinien in Puchheim	2016/0363
TOP 5	Beitritt zum kommunalen Energieeffizienz-Netzwerk	2016/0369
TOP 6	Breitbandausbau Puchheim	2016/0364
TOP 7	Saatkrähenmanagement	2016/0360
TOP 8	Stadtbeete Puchheim Bericht	
TOP 9	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 für den Bereich beiderseits der Friedenstraße hier: Anpassung des Plankonzeptes	2016/0367
TOP 10	Bekanntgaben	
TOP 11	Verschiedenes	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 17:35 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem sich auf seine Frage, ob mit dem Protokoll der letzten Planungs- und Umweltausschusssitzung vom 04.10.2016 Einverständnis besteht, keine gegenteilige Wortmeldung ergab, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, dass damit die Niederschrift dieser Sitzung genehmigt sei.

TOP 2 Verkehrsuntersuchung für Puchheim hier: Radverkehrskonzept

Der Vorsitzende erläuterte den Vorschlag, ergänzend zur Verkehrsuntersuchung die Erstellung eines Radverkehrskonzepts zu beauftragen. Dabei gehe es insbesondere auch darum, die Verkehrsinfrastruktur im Hinblick auf den Radverkehr und die Optimierungsmöglichkeiten zu untersuchen. Er verwies auf den Antrag der ubp zum Thema Radrouten, den man seiner Ansicht nach integrieren könne. Frau Dietel führte ergänzend u.a. aus, dass der Radverkehr nicht Schwerpunkt der Verkehrsuntersuchung gewesen sei. Auffällig in Puchheim sei der relativ hohe ÖPNV-Anteil, was der S-Bahn und dem guten Ausbau des Busnetzes geschuldet sei. Allerdings verbleibe ein sehr hoher Anteil der Fahrten mit dem Auto, das gerade beim Einkaufen, bei privaten Erledigungen und beim Geschäftsverkehr sehr stark vertreten sei. Bei Freizeitfahrten sei eher das Fahrrad das Verkehrsmittel der Wahl. Bei der Streckenbelastung sei auffallend, dass sich der Fahrradverkehr hauptsächlich auf der Achse Allinger/Lochhauser Straße abwickle, obwohl diese Strecken bei den Befragungen als eher negativ eingestuft worden seien.

Zur Erläuterung des Antrags der ubp gab der Vorsitzende das Wort weiter. StR Dr. Koch stellte fest, dass es für den Radverkehr von Vorteil sei, dass es in Puchheim relativ wenige Höhenunterschiede gebe. Die Erhöhung des Radverkehrsanteils müsse man probieren, man liege aber bereits heute deutlich über dem Radverkehrsanteil in der Stadt München. Der Anteil habe trotz schlechten Wetters am Zähltag in Puchheim bei 21 % gelegen, wohingegen München nur einen 17-%-Anteil aufweise. Daher sehe er es als schwierig an, hier noch viel zu steigern. Auffällig sei der immense Anstieg der Unfälle mit Radfahrerbeteiligung zwischen 2014 und 2015 nach der Verkehrsunfallstatistik. Die große Schwierigkeit sei die Achse Allinger/Lochhauser Straße. Dort würden sich Radverkehrs- und Einkaufsziele bündeln. Es tauche immer wieder der Wunsch nach Radwegen oder Radschutzstreifen auf, wofür die Straßenbreiten seiner Ansicht nach nicht ausreichen würden. Eine Lösung wie in Eichenau mit verbreitertem Gehweg, der auch von Radfahrern genutzt werden könne, aber nicht müsse, könne er sich vorstellen. Dies sei kurz- und mittelfristig aber nicht zu erreichen. Die Alternative sei, die Lochhauser Straße von den Seitenstraßen her zu erschließen und somit eine Parallelerschließung auf anderen Routen zu erreichen. Das Konzept sehe verschiedene lokale Radrouten vor, die er kurz vorstellte. Um diese Parallelrouten sicher und attraktiv zu machen, müsse Einiges getan werden. Der Vorschlag sei als Grundgerüst hierfür zu sehen. Die Frage sei, ob man ein solches Routensystem kurz- oder mittelfristig haben wolle. Den Vorschlag solle man dem Verkehrsplaner mitgeben.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Ausarbeitung. Auch wenn diese kurzfristig gekommen sei, mache eine Beratung zusammen mit dem Radverkehrskonzept Sinn.

StR Leone bedankte sich ebenfalls für die interessante Ausarbeitung. Die Nebenrouten seien für viele Radfahrer unattraktiv, weil man immer wieder auf die Hauptroute zurückmüsse. Es wäre wichtig, weitere Quermöglichkeiten der Bahnlinie zu schaffen. Eine neue Verbindung sei im Zusammenhang mit dem Ausbau des S-Bahn-Bahnhofs angedacht. Eine zweite Quermöglichkeit wäre dann im Bereich Lager-/Lußstraße, wobei er in diesem Zusammenhang keine Pkw-Unterführung ins Spiel bringen wolle. Die vorhandene Verbindung über die FFB 11 sei aufgrund der Steigung nicht so attraktiv.

StR Stricker führte aus, dass der Engpass bei der Unterführung eine Tatsache sei. Ein Problem sei vor allem die Lochhauser Straße. Der Versuch, über den Meisterplan etwas zu ändern, habe nicht funktioniert. Eine Verschmälerung der Lochhauser Straße sei aus verkehrsrechtlichen Gründen nicht möglich. Ein weiteres Problem seien die Schrägparkplätze vor der Sparkasse. Das Radfahren auf den angrenzenden Straßen dürfe dagegen kein Problem sein, da diese auf Tempo 30 oder darunter beschränkt seien. Man sollte in jedem Fall Maßnahmen ergreifen, um den Radverkehr zu forcieren.

StR Hofschuster berichtete, dass er zuerst ein Routenkonzept für nicht erforderlich gehalten habe, da Puchheim überschaubar sei und man alternative Routen ohne Weiteres selbst ausprobieren und nutzen könne. Das Routenkonzept sei aber fundiert ausgearbeitet worden. Der Sinn liege eher darin, die zum Radfahren zu ermutigen, die bisher noch nicht radeln würden. Dabei sei es sicherlich ein Hilfsmittel, zu zeigen, dass man nicht über die Lochhauser Straße fahren müsse und es andere Routen gebe. Dabei sei ein Konzept sinnvoll, das Schwachstellen aufzeige und Lösungen suche, so dass insoweit ein Mehrwert gegeben sei. Dabei solle man sich nicht auf die Ausarbeitung von bestimmten Routen beschränken. Das Radverkehrskonzept solle mit dem Verkehrskonzept verknüpft und die beiden aufeinander abgestimmt werden. Dabei könnten auch Synergieeffekte entstehen. Auch die Lager-/Lußstraßenverbindung solle berücksichtigt werden.

Zu den Quermöglichkeiten führte StRin von Hagen aus, dass die Verbindung über die FFB 11 nur für fortgeschrittene Radler geeignet sei. Bei der künftigen Quermöglichkeit im Zusammenhang mit dem Bahnausbau müsse man darauf achten, dass dort auch Radfahrer queren können. Sie halte das Radroutenkonzept für einen ganz tollen Ansatz. Sie stimme StR Hofschuster zu, dass viele diese Routen schon kennen und nutzen. Die Motivation werde aber größer, wenn diese Routen attraktiver ausgebaut würden.

StRin Eger plädierte dafür, auch an die Fußgänger zu denken. Eine Lösung wie in Eichenau halte sie für gefährlich, da Radfahrer den Weg oft ohne Rücksicht auf die Fußgänger benutzen würden.

Der Vorsitzende brachte ein, dass die autofreie Unterführung in einem gewissen Sinne auch ein Vorteil sei, da dies zur Nutzung des Rades motiviere. Für eine fahrradgerechte Ausgestaltung der Bahnquerung beim barrierefreien Ausbau würden vermutlich höhere Kosten auf die Stadt zukommen.

StR Dr. Sengl bedankte sich ebenfalls bei der ubp-Fraktion für die ausführliche Ausarbeitung. Der Umweltbeirat habe sich vor einigen Jahren ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt, sei aber nie so weit gekommen. Die Idee, die Radrouten von der Hauptachse abzukoppeln, könne man unterstützen. Er bitte darum, den Antrag der ubp so zu beschließen und jedes Jahr zu berichten.

StR Dr. Koch betonte, dass der Antrag kurz- und mittelfristig zu sehen sei. Man dürfe sich nicht auf das Gutachten zurückziehen und warten, sondern müsse tatsächlich etwas tun. Maßnahmen, die schon ergriffen werden können, wie z. B. die Entschärfung des Buckels im Mühlstetter Graben, könnten auch schon kurzfristig umgesetzt werden. Die Bahnquerung wäre ein langfristiger Aspekt, aber z. B. im Bereich Mühlstetter Graben sehr wichtig. Er habe aber wenig Hoffnung, dass man beim barrierefreien Ausbau des Bahnhofs zu einer fahrradfreundlichen Unterführung kommen werde. In den bishe-

rigen Planungen seien eher Stufen vorgesehen als Fahrradrampen. Eine Verbindung über die Josef-/Lußstraße wäre sehr langfristig zu sehen.

Der Vorsitzende erklärte, dass es auch ihm vor allem um kurz- und mittelfristig zu realisierende Maßnahmen gehe. Als Ergebnis der Diskussion schlage er vor, den Beschlussvorschlag um den Antrag der ubp als Baustein der Radverkehrsuntersuchung zu ergänzen.

Auf eine Nachfrage erläuterte StR Dr. Koch, dass die Route von Puchheim-Ort entlang des Gröbenbachs bei den überörtlichen Radwegen enthalten sei. Die Schwierigkeit sei, dass dieser Weg kurz vor der Lochhauser Straße ende. StR Hofschuster ergänzte, dass die Anbindung an den Wiesenweg der Punkt sei, wo man etwas tun müsse.

StR Hofschuster merkte zudem an, dass die Einzelmaßnahmen aus dem Radroutenkonzept durchaus hohe Kosten verursachen könnten. Daher bestehe die Frage, ob diese Maßnahmen mit der Abstimmung gleich mitbeschlossen seien. Dies verneinte der Vorsitzende. Der Gutachter solle das Konzept in die Untersuchung einbeziehen und dabei auch beurteilen, inwieweit die Streckenführung günstig sei und welche Maßnahmen für diese Routen erforderlich seien. Wenn die besten Routen bestätigt seien, müsse man sie so ertüchtigen, dass man sie mit dem Fahrrad gut nützen könne. Dann stehe jeweils die Entscheidung zur Umsetzung an.

StR Dr. Koch hob hervor, dass der Maßnahmenkatalog auch dazu dienen könne, im Finanzausschuss für sehr wichtige Maßnahmen Mittel zu beantragen. Es wäre aber auch gut, wenn der Gutachter in diesem Zusammenhang priorisiere, was wichtig sei.

StRin Dr. Matthes stellte fest, dass die Entlastung der Allinger- und Lochhauser Straße nur ein Teilziel sei. Für den Gutachter sei wichtig, dass man die Fahrradmobilität erhöhen und sicherer machen wolle. Zudem gebe es ein paar neuralgische Punkte, die man im Auge behalten solle. Der Vorsitzende verlas hierzu aus dem Angebot, dass alle wichtigen Aspekte zum Radverkehr betrachtet werden sollen. Ziel der Untersuchung sei u. a. die Steigerung des Radverkehrsanteils, die Erhöhung der Radverkehrssicherheit und der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob noch weitere Punkte in das Angebot aufgenommen werden sollen, wies StRin Dr. Matthes auf ihr wesentliches Anliegen hin, dass eine Vorortaufnahme durch den Gutachter erfolge. Frau Dietel teilte mit, dass eine Vorortbefahrung bereits im Angebot enthalten sei.

StR Leone schlug vor, den Beschlussvorschlag um den Text „unter Berücksichtigung der Ausarbeitung der ubp-Fraktion hinsichtlich der Radrouten“ zu ergänzen.

StR Keil berichtete, dass der Landkreis im neuen Jahr mit dem überörtlichen Radwegekonzept beginne, weshalb eine Abstimmung zwischen den jeweiligen Planern wichtig wäre.

Der Vorsitzende hob die Bedeutung der überörtlichen Radwegeverbindungen hervor. Dies sei auch in der Struktur- und Potentialanalyse erkannt worden, in der insbesondere die Achse entlang der S 4 aufgenommen sei. Er habe diesbezüglich Kontakt mit der Landeshauptstadt München aufgenommen. Oberbürgermeister Reiter habe geantwortet, dass sich die Stadt mit der Trasse zwischen Aubinger Lohe und Puchheim beschäftige. Dabei gehe es auch um die Erschließung des Böhmerweiher. Er verwies zudem auf das Radwegekonzept des Planungsverbandes, in dem wichtige Radwegkorridore enthalten seien. Der Puchheim betreffende 13. Korridor sei als dringlich und sinnvoll eingestuft worden. Man habe sich innerhalb des Kreises jedoch noch nicht darauf verständigen können, dies weiter zu verfolgen. Auf Bürgermeisterebene beschäftige man sich auch mit der Verbindung zwischen Puchheim und Eichenau mit Weiterführung nach Fürstenfeldbruck. Hier seien aber einige Schwierigkeiten

zu überwinden, wie z. B. das FFH-Gebiet an der Roggensteiner Straße. Die Problembereiche in Puchheim seien der Bahnhof und das Gewerbegebiet Nord. Es sei wichtig, dass man diese überörtlichen Routen in das Radverkehrskonzept einfließen lasse.

Eine weitere Möglichkeit zur Förderung des Radverkehrs wäre eine Beteiligung am Mietradsystem der MVG. Hier könnten Fahrräder entlang der MVG-Stationen ausgeliehen und benutzt werden. Dies funktioniere sowohl mit Jahres-Abo als auch ohne, und man könne für 36 bzw. 48 € im Jahr die Räder jeweils eine halbe Stunde kostenlos leihen, darüber hinaus würden derzeit 5 Cent pro Minute anfallen. Das System werde demnächst auf den Landkreis München ausgedehnt. Auch Puchheim könnte in das Programm einsteigen. Beispielsweise könne man fünf Stationen im Stadtgebiet errichten (z. B. am Bahnhof, in den Gewerbegebieten, in Puchheim-Ort usw.). Als Kosten würden derzeit für die Einrichtung der Stationen 100.000 € bis 150.000 € einschl. der Fahrräder und Jahreskosten um die 15.000 € bis 20.000 € im Raum stehen, was aber noch nicht verbindlich sei. Diesbezüglich würde er gern den Untersuchungsauftrag zum Radverkehrskonzept ergänzen, inwieweit ein solches System für Puchheim Sinn machen könne.

Nach eingehender Beratung stellte der Vorsitzende den ergänzten Vorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt, ergänzend zur Verkehrsuntersuchung ein Radverkehrskonzept unter Berücksichtigung der Ausarbeitung „Radrouten für Puchheim“ als wesentlicher Baustein sowie der überregionalen Verkehrserschließung und der Prüfung eines Fahrradleihsystems erarbeiten zu lassen.

Die Stadtverwaltung verbessert auf der Grundlage der Ausarbeitung in Verbindung mit dem zu erarbeitenden Radverkehrskonzept schrittweise die Radverkehrsinfrastruktur in Puchheim. Sie trägt damit kurz- und mittelfristig über eine Entflechtung des Fahrrad- und Autoverkehrs auf den Hauptverkehrsachsen Lochhauser Straße, Allinger Straße und Lagerstraße zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei. Die Stadtverwaltung informiert den Planungs- und Umweltausschuss jährlich über die erzielten Fortschritte bei der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 3 Antrag der Stadtratsfraktion der Freien Wähler auf Einführung eines Programms zur Förderung der Elektromobilität mit dem Fahrrad

Auf Bitte des Vorsitzenden erläuterte StRin von Hagen den Antrag ihrer Fraktion näher. Ziel sei es zu versuchen, mehr Leute vom Auto wegzubringen. Eine Frage dabei sei, welche Zielgruppe das Fahrrad in Puchheim nicht mehr bzw. noch nicht nutze. Bei den Arbeitswegen sei die Nutzung des Fahrrads eine Frage der Entfernung. Mit Pedelecs würde sich der Radius erhöhen. Pedelecs würden auch die Möglichkeit bieten, dass Leute mit Handicap wieder auf das Fahrrad umsteigen. Lasten-Pedelecs wären nicht nur für Betriebe interessant, sondern auch für Privatpersonen, um z. B. zum Einkaufen zu fahren. Dem Vorschlag der Verwaltung, Pedelecs zum Testbetriebs auszuleihen, schließe sie sich an. Anschließend ging sie näher auf das vorgeschlagene Förderkonzept ein, das an das Münchner Förderprogramm angelehnt sei. Über die Förderhöhen und das Mindestalter könne man reden.

StR Dr. Sengl teilte mit, dass er es grundsätzlich gut finde, die Nutzung entsprechender Fahrräder zu fördern. Allerdings könne er bei privater Nutzung nicht mit dem Antrag mitgehen, da man in diesem Bereich nicht mehr anschieben müsse. Er habe ein Problem, Leuten, die sich für 2.500 € ein Fahrrad kaufen können, noch 500 € dazuzugeben. Das für den Haushalt angemeldete Geld wäre besser angelegt, wenn man es für die Verbesserung für die Radinfrastruktur verwenden würde. Eine Förderung der gewerblichen Nutzung könne er sich eher vorstellen, um dort das Vermeiden von Autowegen anzustoßen. Eventuell könne man dies für ein Jahr probieren.

StR Leone schloss sich den Ausführungen von StR Dr. Sengl an. Damit sei auch ein erheblicher Verwaltungsaufwand verbunden. Zudem könne sich, wer wenig Geld habe, auch mit Zuschuss kein Pedelec leisten. Man solle überlegen, das Fahrradverleihnetz um Pedelecs zu erweitern.

Der Vorsitzende teilte mit, dass die Einbindung von Elektrofahrrädern in das Verleihsystem seitens der MVG schon vorgesehen sei. Die größeren Stationen würden dann auch als Ladestationen ausgebildet. Hinsichtlich des Verwaltungsaufwands bei einem Fördersystem gab der Vorsitzende auch noch zu bedenken, dass es schwierig und aufwendig sei, die vierjährige Haltefrist zu prüfen. Aus seiner Sicht wäre es am besten, Lastenfahrräder zu fördern, da damit nochmal eine ganz andere Qualität bei der Fahrradnutzung verbunden sei. Er könne sich bei Lastenfahrrädern eine Förderung mit 500 € und bei Pedelecs als Dienstfahrzeug 200 € (jeweils max. 10 %) vorstellen. Zudem könne man durchaus einen Passus aufnehmen, dass bei Einzelfällen aus besonderen Gründen ein Zuschuss gewährt werden könne.

StRin Eger sprach sich für eine Förderung mit 100 € als kleinem Anreiz aus.

StR Dr. Koch schloss sich ebenfalls den Ausführungen der StRe Dr. Sengl und Leone an. Der Verwaltungsaufwand im Umfang des Münchner Programms könne auch nicht geleistet werden. Es wäre aber schön, wenn man zwei oder drei Fahrräder zum Ausleihen zur Verfügung stellen könne.

Der Vorsitzende schlug daraufhin vor, dass die Stadt zumindest ein Pedelec und ein Lastenfahrrad anschaffe und hierfür eine Verleihmöglichkeit schaffe. Die Frage sei, ob zusätzlich ein Förderprogramm aufgelegt werden solle.

StR Hofschuster sprach sich dagegen aus. Gerade im gewerblichen Bereich brauche man keine finanzielle Unterstützung, da man dort die bestehenden Abschreibungsmöglichkeiten nutzen könne. Insgesamt sehe er eine Förderung eher als problematisch an. Befürworten könne er, dass sich die Stadt für eigene Fahrten ein Pedelec und ein Lastenfahrrad anschaffe und diese auf Anfrage auch zur Verfügung stelle.

StRin Dr. Matthes unterstützte, dass man den Bürgern ermöglichen wolle, entsprechende Fahrräder auszuprobieren. Eventuell könne man dies auch mit einem Partner durchführen.

StR Stricker brachte die Idee ein, die Ausleihe ggf. über den Fahrradverein zu verwalten. Der Vorsitzende antwortete, dass man dies sicher anfragen könne, er es aber erst mal seitens der Stadt in die Hand nehmen wolle.

StRin Wiesner sprach sich für Lastenfahrräder aus, da man normale Pedelecs in den jeweiligen Geschäften ausprobieren könne. Der Vorsitzende teilte hierzu mit, dass man diese Anregung mitnehme. Er bat aber, es der Verwaltung zu überlassen, eventuell auch ein normales Pedelec anzuschaffen.

Im Anschluss wurde zunächst über den Antrag der Freien Wähler, dann über den Antrag von StR. Dr. Sengl hinsichtlich der Förderung im gewerblichen Bereich und abschließend über den Vorschlag entsprechend dem Beratungsergebnis abgestimmt.

Beschluss

Der Planungs- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Programm zur Förderung der Fahrrad Elektromobilität auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 2 : 11

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Förderprogramm mit Lasten-Pedelecs für den gewerblichen Bereich auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 3 : 10

Die Stadt schafft bis zu zwei Pedelecs an, davon mindestens ein Lastenpedelec. Eine Ausleihmöglichkeit für die Bevölkerung zu Testzwecken wird vorgesehen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 4 Änderungen bei den MVV-Regionalbuslinien in Puchheim

Herr Lehner informierte, dass am 11.12. der neue Fahrplan in Kraft trete und erläuterte die Änderungen. Unter anderem führte er aus, dass die neue Linie 832 über Olching und Gröbenzell nach Puchheim eingeführt werde. Die Linie 830 fahre künftig im 15-Minuten-Takt, während die Verstärkerlinie 831 wegfalle. Bei der Linie 853/854 habe man im vergangenen Jahr wie auch schon in den Vorjahren wieder feststellen müssen, dass diese im Berufsverkehr stecken bleibe. Wegen der Anbindung des Gewerbegebietes gerate diese Linie sogar teilweise zweimal in den Stau. Dies könne nur über eine Verbindung über die Mooslängstraße etwas verbessert werden; eine solche Lösung müsse man aber genau prüfen. Künftig ersetze das Ruftaxi das bisherige Anrufsammeltaxi. Dieses werde im übrigen Landkreis schon mit großem Erfolg eingesetzt. Nach vorheriger Anmeldung könne man an jeder Bushaltestelle zu- bzw. aussteigen. Die Taxis würden nicht die gesamte Route sondern nur die benötigten Haltestellen anfahren. Die Linien würden im MVV-Tarif fahren und die Zeiten abdecken, wenn keine Buslinie mehr im Einsatz sei.

StR Dr. Koch berichtete, dass die Linien 855 und 831 teilweise leer fahren würden. Beispielsweise komme der Bus 855 am Abend um acht Uhr zweimal hintereinander leer in der Lagerstraße vorbei. Dies müsse man sich eventuell nochmals anschauen, auch wenn man eine lange Eingewöhnungszeit geben müsse. StRin Eger ergänzte, dass der Bus auch im Aubinger Weg teilweise leer fahre.

Herr Lehner stellte zur Linie 855 klar, dass diese die gesamte Runde ausfahre, so dass Teilstrecken durchaus auch mal leer sein können. Die täglichen Nutzerzahlen hätten sich bei der letzten Zählung von früher 250 auf nunmehr 450 Fahrgäste gesteigert. Wie andere Buslinien in Ringfahrten könne es dazu kommen, dass diese in gewissen Abschnitten leer fahren würden. Diesen Ring zu schließen koste zudem nicht viel mehr als eine verkürzte Route. StR Dr. Koch wies darauf hin, dass es nicht nur um die Kosten, sondern auch um die zusätzliche Verkehrs- und Lärmbelastung gehe.

Auf die Frage nach dem Einsatz von Kleinbussen, wie in Eichenau, teilte Herr Lehner mit, dass ein kleiner Bus z. B. schon bei der Linie 832 eingesetzt werde.

Der Vorsitzende führte aus, dass man natürlich nicht absichtlich leere Busse fahren lasse. Es sei aber eine Frage der Zuverlässigkeit, dass die Bushaltestellen regelmäßig angefahren würden.

Der Planungs- und Umweltausschuss nahm ohne Abstimmung vom Bericht der Verwaltung Kenntnis.

TOP 5 Beitritt zum kommunalen Energieeffizienz-Netzwerk

Der Vorsitzende erläuterte, dass der Beitritt zu einem kommunalen Energieeffizienznetzwerk vorgeschlagen werde und übergab zur Erläuterung der Details an Frau Dietel. Frau Dietel erklärte, dass das Energieeffizienz-Netzwerk aus zwölf ähnlich großen Kommunen bestehen und von der Hochschule in Landshut betreut werde. Ein großer Vorteil liege im persönlichen Erfahrungsaustausch. Hier gehe es nicht nur darum, was und wie man etwas umsetzen könne, sondern auch darum, wovon man die Finger lassen sollte. Jeder Kommune stünden zudem dreißig Beratertage zur Verfügung, die man so nutzen könne, wie es für die anstehenden Projekte gerade sinnvoll sei. Beispielsweise könnten Beratertage für die Ausgestaltung des Fernwärmenetzes in Zusammenhang mit der Geothermie eingesetzt werden. Ziel sei, Energie effizienter zu nutzen bzw. einzusparen. Eine Einbindung von Ziel 21 sei möglich. Von den geschätzten jährlichen Kosten von ca. 10.000 € netto gebe es im ersten Jahr eine Förderung von 70 % und im zweiten und dritten Jahr jeweils eine Förderung von 50 %.

StR Leone fragte im Hinblick auf die seit einigen Jahren laufende Energiemanagementbetreuung nach dem Mehrwert eines weiteren Programms. Frau Dietel teilte mit, dass das kommunale Energiemanagement ein Thema sei, bei dem sich Überschneidungen nicht ganz vermeiden lassen würden. Aber auch hier könne man aus dem Erfahrungsaustausch lernen. Zudem solle im Rahmen des Projektes ein Gebäude diesbezüglich untersucht werden, das noch nicht im Energiemanagementprogramm enthalten sei. Momentan würden sich sechs städtische Gebäude im Programm befinden.

StR Dr. Sengl stellte fest, dass ihn die dreißig Beratertage überzeugt hätten. Einen Einsatz von Beratertagen für den Ausbau des Nahwärmenetzes/Geothermie begrüße er ausdrücklich.

Frau Dietel informierte, dass sie bei einigen Kommunen, die schon an einem ähnlichen Netzwerk beteiligt seien, nachgefragt habe. Diese hätten durchwegs über positive Erfahrungen berichtet. Insbesondere das Zusätzliche an Ideen sei als sehr wertvoll angesehen worden.

Der Vorsitzende hielt es für wichtig, dass man Puchheim nicht nur als Insellösung betrachte. Aus dem Austausch mit anderen Kommunen in ähnlicher Größe und mit ähnlichen Problemen könne man profitieren.

StR Keil erklärte, dass man effizient mit Energie umgehen müsse. Andernfalls sei die Energiewende nicht zu schaffen. Man solle dies aber nicht isoliert angehen sondern eine nachhaltige Sache daraus machen. Dies gehe nur, wenn man auch den Umweltbeirat, die Organisationen des Landkreises und möglicherweise auch die örtlichen Gewerbebetriebe mit einbeziehe. Er sei in jedem Fall voll dabei, wenn das Netzwerk verknüpft und nachhaltig umgesetzt werde.

StRin Kamleiter teilte mit, dass ihre Fraktion zustimme, da der Mehrwert einer Teilnahme an dem Netzwerk absolut erkennbar sei.

Nach eingehender Beratung erfolgte folgender Beschluss:

Beschluss

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt den Beitritt der Stadt Puchheim zu dem durch das Institut für Systemische Energieberatung der Hochschule Landshut organisierten Energieeffizienz-Netzwerk für Kommunen und beauftragt den Ersten Bürgermeister, die dafür notwendigen Schritte zu unternehmen.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

TOP 6 Breitbandausbau Puchheim

Der Vorsitzende begrüßte zu diesem TOP Frau Weinbuch, die im Anschluss das Ergebnis der Markterkundung näher vorstellte. Wie bereits in der Sitzung im Mai berichtet, sei die Versorgung in Puchheim recht gut; es gebe nur wenig Gebiete unter 16 Mbit/s. Im Rahmen der Markterkundung habe sich die Telekom bereiterklärt, das Netz weitgehend auszubauen und mindestens eine Versorgung mit 50 Mbit/s (bis zu 100 Mbit/s im Download- und 40 Mbit/s im Upload-Bereich) zur Verfügung zu stellen. Aufgrund einer am Vortag stattgefundenen Besprechung mit der Telekom haben sich einige Änderungen gegenüber der Beschlussvorlage ergeben. Das vorgesehene Vectoring-Verfahren werde von der Telekom als Brückenverfahren zum Glasfaserausbau angesehen. Durch dieses Verfahren würden elektromagnetische Störungen in den Kupferleitungen vom Verteilerkasten bis zum Hausanschluss ausgeglichen, so dass dann bis zu 100 Mbit/s geleistet werden können. In den Ausbaubereichen der Telekom greife das Förderprogramm nicht. Nach dem Sondierungsgespräch mit der Telekom würden folgende Gebiete verbleiben: Gewerbegebiet an der Josefstraße (Teilfläche), Siedlung am Rauscherweg, Gymnasium/Realschule, Reiterhof und die Pumpstation. Die Kleingartenanlage und das Sportzentrum würden durch Funkmasten mit LTE-Technik versorgt.

Der Vorsitzende stellte klar, dass in diesen Erschließungsgebieten kein Ausbau durch die Telekom erfolge. Hier könnte die Stadt selbst unter Nutzung der Förderung den Ausbau finanzieren. Die Frage sei aber, ob aufgrund der dort jeweils bestehenden Nutzungen ein Ausbau durch die Stadt als notwendig angesehen werde. Frau Weinbuch ergänzte, dass nach Auswahl der Erschließungsgebiete eine Ausschreibung erfolgen würde.

Anschließend eröffnete der Vorsitzende die Diskussion zu den einzelnen Erschließungsgebieten:

Gewerbegebiet an der Josefstraße

Frau Weinbuch informierte, dass für den nordöstlichen Teilbereich für den Breitbandausbau ca. 30 bis 40.000 € veranschlagt würden; für ca. 60 % dieser Kosten könne man eine Förderung erhalten. Der Vorsitzende stellte die Frage, ob die Stadt die Kosten der Versorgung für ein privates Gewerbegebiet übernehmen solle. Sollte seitens der Betreiber ein Ausbau gewünscht werden, könne dieser auch privat umgesetzt werden. Seitens der Ausschussmitglieder wurde kein Interesse an einer Übernahme des Ausbaus bekundet.

Gebiet am Rauscherweg

Hier würden nach Angabe von Frau Weinbuch für die Versorgung von sieben Häusern Kosten in Höhe von ca. 80 bis 100.000 € entstehen, wovon abzüglich der Förderung 40.000 € bei der Stadt verbleiben würden. Auf Nachfrage des Vorsitzenden sprach sich kein Mitglied für eine Förderung aus.

Gymnasium/Realschule

Hier bestehe lt. Frau Weinbuch derzeit eine Versorgung mit 16 bzw. 13 Mbit/s. Die Kosten für den Ausbau würden auf 60 bis 80.000 € geschätzt, wovon ca. 32.000 € durch die Stadt getragen werden müssten.

StRin Dr. Matthes schätzte ein, dass ein Ausbau für das Schulzentrum etwas anderes wäre, als ein Ausbau für sieben Haushalte. StR Stricker brachte ein, dass man zunächst eruieren solle, ob für die Schulen überhaupt ein Ausbau erforderlich sei. Als Ergebnis der anschließenden Beratung fasste der Vorsitzende zusammen, dass man zunächst mit dem Landkreis Kontakt aufnehme und den Bedarf und die Ausbaumöglichkeit durch diesen im Rahmen des Förderprogramms abfrage, aber grundsätzlich ein Breitbandausbau für diesen Bereich befürwortet werde.

Abstimmungsergebnis hierzu: 11 : 0

Reiterhof

Keine Befürwortung des Ausbaus.

ohne Gegenstimme

Pumpstation

Kein Ausbau durch die Stadt.

ohne Gegenstimme

Der Vorsitzende stellte fest, dass damit nur das Erschließungsgebiet 4 „Realschule/Gymnasium“ ausgebaut werden solle. Wenn keine Kooperation mit dem Landkreis zustande komme, solle der Ausbau durch die Stadt im Rahmen des Förderprogramms beauftragt werden. StR Dr. Koch ergänzte, dass sichergestellt werden müsse, dass der Landkreis den Ausbau überhaupt wolle. Nur wenn der Landkreis hier einen Bedarf sehe, aber die Kosten nicht übernehmen wolle, dann solle man sich für einen Ausbau entscheiden. StR Leone brachte ein, dass man auch mal schauen könne, wie es bei den anderen weiterführenden Schulen im Landkreis aussehe.

StRin Ponn erkundigte sich im Hinblick auf die Nachfragen bei der Bürgerversammlung, wie es in Puchheim-Ort aussehe. Frau Weinbuch teilte mit, dass der Bereich Puchheim-Ort von der Telekom ausgebaut werde, weshalb er nicht mehr im Förderprogramm enthalten sei. Der Vorsitzende stellte klar, dass es eine Dimension zu groß wäre, wenn die Stadt hier ergänzend zum Ausbau der Telekom Glasfaserkabel verlegen lassen würde.

TOP 7 Saatkrähenmanagement

Der Vorsitzende erinnerte an den ausführlichen Bericht zu den Saatkrähen im Stadtrat im September. Zur Erläuterung der aktuellen Lage und der weiteren Maßnahmen übergab der Vorsitzende das Wort an Frau Dufner.

Frau Dufner berichtete zunächst, dass sich die Saatkrähen insbesondere in diesem Jahr sehr vermehrt hätten und es einen Zuwachs um ca. 40 % gegeben habe. Sie ging dabei auf die Entwicklung der Hauptkolonie und der verschiedenen Splitterkolonien ein. Das Problem seien der Lärm und der Schmutz sowie die Lage der Nester, die sich hauptsächlich in den Randgebieten nahe zu den Wohnhäusern befinden würden. Anschließend erläuterte sie die bisher durchgeführten Maßnahmen. Insgesamt seien schon sehr viele Maßnahmen versucht worden, aber jeweils nur ein mäßiger Erfolg eingetreten. Aufgrund der stetigen Vergrößerung der Brutkolonie sollen nunmehr weitere Maßnahmen beantragt werden. Eine Variante wäre die Vergrämung mittels Falken, wie sie auch von der Bürgerinitia-

tive beantragt worden sei. Hierzu seien Vorgespräche mit einem Falkner geführt worden. Diese Maßnahme müsse mindestens fünf Jahre in Folge durchgeführt werden, da die Krähen sonst immer wieder zurückkehren würden. Voraussetzung für diese Maßnahme seien geeignete Ersatzstandorte und Vereinbarungen mit den jeweiligen Landwirten und Förstern zum Schutz der Kolonie. Als begleitende Maßnahme müssten z.B. Nester in das Zielgebiet umgesetzt und die Vögel mittels Lockrufen angelockt werden. Der Erfolg dieser Maßnahme könne aber nicht garantiert werden. Die Gefahr von Splittersiedlungen sei immer gegeben. Ein direktes Vertreiben in das Zielgebiet sei nicht möglich. Im Falle einer entsprechenden Maßnahme werde ein gemeinsamer Antrag mit der Stadt Germering vorgeschlagen, da sich dort ebenfalls eine Brutkolonie etabliert habe und geeignete Ersatzstandorte im Bereich des Parsbergs im Eigentum der Stadt Germering liegen würden. Unter anderem aufgrund des erforderlichen Trainings der Falken und der Vorbereitung ggf. noch durchzuführender Auflagen sei es unwahrscheinlich, dass diese Maßnahme, vorausgesetzt eine Genehmigung hierfür würde erteilt, in der kommenden Brutsaison umgesetzt werden könne.

Bei der zweiten Variante wolle man weiterhin versuchen, die Situation vor Ort zu entschärfen. Das Ziel sei hier, die Zahl der Saatkrähen zu reduzieren. Dafür wolle man beantragen, Eier aus den Nestern zu entnehmen und Vogelschutznetze in den besonders kritischen Bereichen anzubringen. Ob ein Vergrämen der Saatkrähen aus der Splitterkolonie am Sprengerinwäldchen mittels Drohne funktioniere, müsse sich erst zeigen. Ein Abschießen der Krähen solle aus jetziger Sicht nicht beantragt werden; hier sei auch die Gefahr neuer Splittersiedlungen größer.

Die dritte Variante wäre noch, keine weiteren Maßnahmen zu unternehmen, wie es die Stadt Jever seit fünf Jahren praktiziere. Dort habe sich die Anzahl der Krähen stabilisiert.

Frau Dufner teilte noch mit, dass die Regierung zu den Varianten 1 und 2 um Stellungnahme gebeten worden sei. Bisher liege keine Antwort hierzu vor, weshalb vorgeschlagen werde, die Anträge unabhängig davon zu stellen. Bezüglich einer Vergrämung durch Falken wäre es insbesondere wichtig, die zu erfüllenden Auflagen zu erfahren, um letztendlich über die Maßnahme entscheiden zu können.

Der Vorsitzende informierte, dass die Stellungnahme des Gesundheitsamtes inzwischen vorliege. Aus der Sicht des Gesundheitsamtes bestehe keine besonders erhöhte Gefährdungssituation. Es würden Hygienemaßnahmen empfohlen, wenn man in Kontakt mit dem Kot der Krähen käme. Er schlug anschließend vor, für die Brutsaison 2017 die Maßnahmen der Variante 2 zu beantragen und durchzuführen. Ergänzend solle man den Antrag zur Variante 1 stellen, so dass eine Umsetzung für die Brutsaison 2018 möglich wäre. Hier müssten im Falle einer Genehmigung anhand der zu erfüllenden Auflagen die notwendigen Grundlagen noch erarbeitet und dann zur Entscheidung vorgelegt werden.

StR Keil teilte mit, dass ihm die Netzlösung als die günstigste und wirksamste erscheine. Er schlage vor, den Bereich, in dem man bisher Luftballons aufgehängt habe, mit Netzen zu überziehen. Dies solle man schon im nächsten Jahr versuchen. Er denke, dass man dies mit Kosten von rd. 20.000 € realisieren könne. Der Vorsitzende erklärte, dass dies ein weiterer Versuch sei. Ob es wirklich funktioniere, wisse man nicht. Wenn ja, könne man damit die Vögel aus den problematischen Randbereichen verdrängen. Die Frage nach der Genehmigungspflicht bejahte Frau Dufner. Es bestehe aber eine gute Chance, die Einnetzung der Bäume genehmigt zu bekommen. Der Vorschlag beziehe sich aber nur auf die Konfliktbereiche.

StR Dr. Sengl sprach sich ebenfalls dafür aus, die Maßnahmen der Variante 2 in der nächsten Saison umzusetzen. Den Antrag hinsichtlich des Falken solle man dagegen noch nicht stellen, sondern erst abwarten, welche Voraussetzungen hier von der Regierung gesehen werden und dann im nächsten Jahr darüber entscheiden. Diesem Vorschlag schlossen sich weitere Mitglieder des Ausschusses an.

Der Vorsitzende fasste als Ergebnis der Diskussion zusammen, dass in der nächsten Saison Vogel-schutznetze und die Eientnahme als weitere Maßnahmen beantragt würden. Hinsichtlich der Falken-vergrämung solle zunächst die Stellungnahme der Regierung abgewartet werden. Diesbezüglich stell-te er folgende Beschlüsse zu Abstimmung:

Beschluss

Für die Brutsaison 2017 sind die Maßnahmen der Variante 2 zu beantragen und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

Der Antrag gemäß der Variante 1 mittels Vergrämung durch Falken soll jetzt gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 4 : 7

TOP 8 Stadtbeete Puchheim **Bericht**

Frau Dufner berichtete über die Umsetzung des Projektes Stadtbeete im ersten Jahr. Bei und nach der Auftaktveranstaltung im Februar 2016 seien viele Mitwirkende für das Projekt gefunden worden. Die Mitarbeit erfolgte über Arbeitskreise, aber auch durch die direkte Beteiligung an einzelnen Projek-ten. Zudem wurde das Logo auf der Grundlage einer Bürgeridee ausgearbeitet. Frau Dufner stellte anschließend die zahlreichen Projekte anhand einer Präsentation vor. Die Projekte gingen von Big Bags über Erntesträucher, Kräuterspiralen, einen Bürgergarten mit Beteiligung der Schule am Gerner-platz, einem Bürgeracker mit Beteiligung der Schule Süd, einem Selbsternteacker, dem interkulturel-len Garten beim Gymnasium, Bewohnergärten an der Josefstraße und verschiedenen Projekten bei den Schulen und Kindergärten bis zur Umsetzung der Hochzeitswiese als letztem Projekt des Jahres im Herbst. Dort entstehe auch der Puchheimer Stadthonig. Die Maßnahmen seien fachmännisch vom Bauhof unterstützt und teilweise vom Projekt Packma's betreut worden. Zudem habe es ein Begleit-programm, z. B. mit gemeinsamen Kochaktionen im Quartiersbüro, und viel Öffentlichkeitsarbeit ein-schließlich eines Facebook-Auftritts dank StR Leone gegeben. Das Projekt sei bei den Bürgern sehr gut angekommen. Von den Beteiligten würden an verschiedenen Projektstandorten Sitzgelegenheiten gewünscht. Als nächstes würde sich die Projektsteuerungsgruppe mit den Arbeitsgruppen zusam-mensetzen, um zu besprechen, wie das erfolgreiche Projekt fortgesetzt werden könne. Zudem sollen neue Ideen ausgearbeitet werden. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes sei z. B. die Idee entstanden, einen Lehrpfad zwischen Puchheim-Ort und Puchheim-Bahnhof anzulegen. Weitere Projekte mit dem JUZ und dem Quartiersbüro sollen geplant werden. Ein weiterer Vorschlag sei das Aufstellen von Tischbeeten, um diese mit dem Rollstuhl anfahrbar zu machen. Eine Radtour mit dem ADFC sei ebenfalls schon vorgesehen. Es gebe viele Anfragen von Bürgern, die sich einbrin-gen oder mitmachen wollen. Sehr positiv sei, dass es keinerlei Vandalismus gegeben habe. Die für das Projekt angesetzten 20.000 € seien inzwischen fast ausgegeben. Für das Haushaltsjahr 2017 seien 12.000 € angemeldet worden, womit u.a. die gewünschten Sitzgelegenheiten umgesetzt werden sollen.

StR Leone wies darauf hin, dass das Projekt jetzt auch direkt über die Seite www.stadtbeete-puchheim.de aufgerufen werden könne.

StRin Wiesner fand es toll, wie die Umsetzung des Projekts geklappt habe. Dem schlossen sich weitere Ausschussmitglieder an.

Der Vorsitzende fasste abschließend zusammen, dass sich diese 20.000 € für das Projekt Stadtbeete wirklich rentiert hätten.

**TOP 9 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 für den Bereich beiderseits der
Friedenstraße
hier: Anpassung des Plankonzeptes**

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass der Ausschuss in seiner Oktobersitzung beschlossen habe, das Verfahren für diesen Bebauungsplan wieder aufzunehmen. Als Ergebnis der Überprüfung des ersten Plankonzeptes würden nunmehr verschiedene Anpassungen vorgeschlagen. Dabei bliebe die Art der Nutzung unverändert bei einem allgemeinen Wohngebiet an der Gröbenzeller Straße und einem reinen Wohngebiet im übrigen Bereich. Das Maß der baulichen Nutzung werde etwas angehoben und eine moderate Nachverdichtung vorgeschlagen. Im WA bedeutet dies eine GRZ von 0,30 und eine dreigeschossige Bebauung südlich der Friedenstraße und eine Bebauung von 2+D nördlich der Friedenstraße. Im mittleren Bereich würde die GRZ auf 0,24 und die GFZ auf 0,48 angehoben und zur Nordendstraße hin eine GRZ von 0,21 und GFZ von 0,42 vorgesehen. Zudem würden durchwegs zwei Vollgeschosse zugelassen, wobei Gebäude mit E+D eine 30 % größere Grundfläche erhalten können. Damit werde der vorhandenen gemischten Bebauung Rechnung getragen. Die Stellplätze sollen nicht einzeln festgesetzt werden, dabei aber nicht hinter der rückwärtigen Baugrenze liegen.

StR Dr. Koch brachte ein, dass man in dem Bereich südlich der Friedenstraße darauf achten solle, dass zwischen den beiden Baureihen die noch vorhandene Grünzone weiterhin von Bebauung freigehalten werde. Zudem müsse darauf geachtet werden, dass die Fenster von Wohnräumen von der Gröbenzeller Straße abgewandt würden.

Weiter stellte der Vorsitzende den neuen Bebauungsvorschlag für das Grundstück Friedenstraße 42/ Ecke Gröbenzeller Straße vor. Nunmehr werde die vom Bauausschuss bereits zugestimmte Grundfläche von 360 m² eingehalten, jedoch das Gebäude auch in der Friedenstraße dreigeschossig geplant. Er könne sich eine entsprechende Bebauung grundsätzlich vorstellen.

StR Dr. Koch wies darauf hin, dass im Bereich des Grundstücks ein Gefälle gebe, weshalb die Zeichnung nicht der Realität entspreche. Hier müsse man bei der Planung aufpassen.

Aus dem Ausschuss kam kein Einwand gegen die Aufnahme der entsprechenden Planung in den Bebauungsplan. Daraufhin stellte der Vorsitzende den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Die Ziele für die Anpassung des Plankonzeptes werden gebilligt.

Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, für die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren die Hinweise nach § 13a Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

TOP 10 Bekanntgaben

Der Vorsitzende teilte mit, dass eine Anfrage seitens des Landkreises vorliege, ob die Stadt an einer gemeinsamen Fortführung des Verfahrens für den interkommunalen sachlichen Teil-Flächennutzungsplan Windkraft unter den geänderten Bedingungen der 10H-Regelung interessiert sei. Statt der Ausweisung von Konzentrationsflächen könne der gemeinsame Teil-Flächennutzungsplan als Positivplanung für Windkraftflächen weitergeführt werden. Kommunale Bebauungspläne können dann, abweichend von der 10H-Regel, auf dieser Grundlage entwickelt werden. Bei einer Planung mit 1.000 m Abstand zu Wohngebieten würde weiterhin keine Fläche in Puchheim ausgewiesen, während die Fläche östlich von Puchheim-Ort im Stadtgebiet Germering bleibe, wenn auch verkleinert. Wenn kein Widerspruch aus dem Gremium komme, schlage er vor, das Verfahren entsprechend zum Abschluss zu bringen. Man habe auch bereits viel Zeit und Geld in die Planung investiert.

StR Keil plädierte ebenfalls für eine Fortführung der Planung. Damit könnten über Bebauungspläne doch noch Flächen für Windkraft ausgewiesen werden. Die Kommunen können die Planung als Basis dafür nehmen, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Aus dem Ausschuss kam kein Widerspruch gegen eine Fortführung der Planung.

Nachdem unter TOP Verschiedenes keine Wortmeldungen erfolgten, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:15 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Andrea Reichel

Erster Bürgermeister